



## **Giftanschlag auf Nawalnij: Kann Putin die Silowiki noch vollständig kontrollieren?**

**Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider**

**September 2020**

### **Zusammenfassung**

---

Es wird der Frage nachgegangen, ob Präsident Wladimir Putin den Auftrag gegeben haben könnte, den bekannten russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalnij umzubringen. Wenn nicht, welche Kräfte in Russland könnten das getan haben angesichts der äußerst großen Gefährlichkeit des Giftes Nowitschok? Sie müssen zum Gift Zugang gehabt haben und in der Lage sein, es zu handhaben. Ihr Ziel ist es offensichtlich, Russland in einen noch größeren Abstand zum Westen zu bringen.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Wenn die Ärzte des Krankenhauses in Omsk sagen, dass im Blut von Alexej Nawalnij kein Gift festgestellt werden konnte, bedeutet das nicht, dass in seinem Blut zu diesem Zeitpunkt kein Gift war. Sie konnten es nur nicht feststellen, weil sie nicht über die speziellen Untersuchungsmöglichkeiten in ihrem Labor verfügten. In Deutschland war dazu das Speziallabor des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr in München für chemische Kampfstoffe fähig. Da in Omsk kein Gift festgestellt werden konnte, erlaubten die dortigen Ärzte dann nach zwei Tagen am 22. August 2020, Nawalnij nach Berlin ausfliegen zu lassen. Und der russische Präsident Wladimir Putin gab dem internationalen Druck (Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Präsidenten Frankreichs Emmanuel Macron sowie Finnlands Sauli Niinistö) nach, denn die Omsker Klinikärzte hatten ihm ja gemeldet, dass in Nawalnij Blut keine Giftspuren gefunden worden waren.

Nowitschok ist ein sehr gefährliches Gift, das nur Spezialisten, die Zugang zu ihm haben, handhaben können, die sich auskennen, sonst riskieren sie, selbst daran zu sterben, denn das Gift wirkt schon bei geringsten Mengen. Nach Auskunft des früheren UN-Chemiewaffeninspektor Jan van Aken am 3. September 2020 im Deutschlandfunk reicht ein Milligramm auf die Haut aus, um jemanden umzubringen. Geplant war offensichtlich, dass Nawalnij im Flugzeug stirbt und tot in Moskau ankommt. Dass der Pilot in Omsk am 20. August 2020 notlandete, dürfte nicht eingeplant gewesen sein.

Nawalnij ist die bekannteste Figur der zersplitterten Opposition in Russland, schon allein durch seine Persönlichkeit. Er ist beliebt durch seine Videos – auch mit von Drohnen angefertigten Luftaufnahmen von Immobilien – im Internet, die millionenfach angeklickt werden, in denen er durch Belege, Fotos usw. die Korruption von Spitzen- und Regionalpolitikern nachweist. Politisch ist er für Putin nicht gefährlich, da er wegen einer Vorstrafe aus den neunziger Jahren, die aus seiner damaligen geschäftlichen Aktivität konstruiert worden war, nicht als Präsident kandidieren darf. Allerdings errang Nawalnij aus dem Stand bei der Moskauer Oberbürgermeisterwahl 2013 den zweiten Platz mit 27 %.

Strategisch geschickt ist die von ihm entwickelte Methode des „smart voting“, bei der die Oppositionsparteien sich auf diejenigen Kandidaten – egal aus welcher Partei – einigen, der die größten Wahlchancen hat. Bei der Wahl des Moskauer Stadtparlaments Mitte September 2019 gewann die Machtpartei „Einiges Russland“ infolge dieses Abstimmungsverhaltens nur 25 von 45 Sitzen. Im August war Nawalnij in Sibirien, um mit dieser Methode die Aufstellung der oppositionellen Kandidaten für die bevorstehenden Regionalwahlen am 13. September, die gleichzeitig eine Vorprobe für die Staatsdumawahl 2021 sind, in Nowosibirsk (Regionalparlament) und Tomsk (Stadtparlament) vorzubereiten.

Doch deshalb gibt Präsident Wladimir Putin wohl kaum den Auftrag, Nawalnij umzubringen, denn er musste davon ausgehen, dass ihn dies im Westen sehr schaden würde. Wenn es darum gegangen wäre, Nawalnij auszuschalten, hätte man das direkt und „geräuschlos“ machen können. Warum diese breite Spur legen und sogar noch zulassen, dass er in ein Berliner Krankenhaus verlegt werden konnte? Ab Nowosibirsk wurde Nawalnij seit dem 15. August 2020 auf Schritt und Tritt von drei Personen – zu Fuß und mit Auto – ständig beobachtet und verfolgt. Hatte Putin vielleicht die mehr oder weniger präzise Information, dass in Sibirien etwas gegen Nawalnij unternommen werden würde, und er wollte wissen, von wem?



Wer könnte den Anschlag veranlasst haben? Es ist nicht vorstellbar, dass wegen seines jüngsten Investigativ-Videos über Kommunalpolitiker in Tomsk versucht worden ist, Nawalnij umzubringen. In diesem Video weist er nach, dass nahezu alle dortigen Kommunaldienste privatisiert worden sind. Dann mussten die kommunalen Dienstleistungen, die Kommunalpolitikern gehören, bei den neuen privaten Firmen teuer eingekauft werden. Und schließlich sind diese zudem Abgeordnete des kommunalen Parlaments bzw. kandidieren für dieses.<sup>1</sup> Wenn sich Spitzenpolitiker bzw. Spitzensilowiki in Moskau, deren Korruption Nawalnij in früheren Videos nachgewiesen hat, an ihm rächen wollten, warum erst jetzt und dazu in Sibirien? Und warum so spektakulär und nicht so einfach wie im Fall Nemzow?

Wie war es bei dem anderen bekannten russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow, – von 1997 bis 1998 Erster Stellvertretender russischer Regierungschef –, der am 27. Februar 2015 auf der Moskwa-Brücke vor dem Kreml erschossen worden war. Zwei Wochen vorher, am 12. Februar 2015, hatten die Präsidenten Russlands Wladimir Putin, der Ukraine Petro Poroschenko und Frankreichs Francois Hollande sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel in Minsk das zweite Abkommen über Maßnahmen zur Regelung des Konflikts zwischen den ostukrainischen Separatisten und Kiew ausgehandelt. Putin musste damals stundenlang auf die Vertreter der Separatistengebiete (Igor Plotnitskij für Donezk und Alexander Sachartschenko für Luhansk), die ebenfalls in Minsk weilten, aber nicht am Verhandlungstisch saßen, einwirken, dass sie den vereinbarten Maßnahmen zustimmten. Warum wurde Nemzow praktisch vor der Kremelmauer erschossen, sozusagen Putin vor die Füße gelegt? Nemzow hatte recherchiert, dass 10.000 reguläre russische Soldaten in den Separatistengebieten kämpfen.<sup>2</sup> Die Auftraggeber des Mordes, nationalistische Kräfte in Moskau, waren – so meine These – wohl von Putin enttäuscht gewesen und wollten ihn vor weiteren Zugeständnissen in der Ukrainefrage warnen. Nach der „erfolgreichen“ Annexion der Krim sowie der Schaffung der beiden separatistischen Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine im Frühjahr 2014 hatte Putin im Januar 2015 die Konzeption Neurussland aufgegeben. Neurussland sollte das gesamte Gebiet der Ukraine entlang seiner Ostgrenze und der ukrainischen Küsten am Asowschen sowie am Schwarzen Meer umfassen und so auch einen durchgehenden Landzugang von Russland zur Krim schaffen und zu Transnistrien (Osteil der an Rumänien angrenzender Republik Moldowa), wo immer noch russische Truppen stationiert sind.

Die ukrainische Regierung und die Separatisten führten in den letzten Monaten drei Gefangenaustausche durch. Zum ersten Mal hielt jetzt vier Wochen lang der Waffenstillstand, den beide Seiten vereinbart hatten. Die Trilaterale Kontaktgruppe (Ukraine, Russland, OSZE) vereinbarte weitere Minenräumzonen an der Demarkationslinie. Möglicherweise wird es bald ein Treffen der außenpolitischen Berater des Normandie-Formats (Ukraine, Russland, Deutschland, Frankreich) zur Vorbereitung eines Gipfeltreffens dieser Vier geben. Und seit dem 9. August demonstrieren in Minsk und in anderen belarussischen Städten Zehntausende gegen die massive Fälschung der Wahl des belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka, ohne dass Moskau im Unionsstaatsmitglied Belarus eingreift. Es wird Zeit, dass etwas in Richtung Verschärfung der Beziehungen Russlands zum Westen unternommen wird, so dachten wohl die Auftraggeber des Giftanschlags auf Nawalnij, der möglichst spektakulär durchgeführt werden musste.

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=y7rMbckBW-E>

<sup>2</sup> [https://www.putin-itogi.ru/cp/wp-content/uploads/2015/05/Putin.Voina\\_.pdf](https://www.putin-itogi.ru/cp/wp-content/uploads/2015/05/Putin.Voina_.pdf)

Wenn meine These stimmt, bedeutet das, dass Putin die Silowiki (Geheimdienste, Armee, Nationalgarde, Innenministerium) nicht mehr vollständig kontrollieren kann. Einige aus ihren Reihen wollen sein Ansehen im Westen weiter diskreditieren und ihn so zwingen, als Reaktion auf zu erwartende westliche Sanktionen in noch größerem Abstand zum Westen zu gehen und in Folge davon den Sicherheits- und Repressionskräften noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und gesetzliche Machtmittel einzuräumen.

Wenn dieser Giftanschlag auf Nawalnij von einer mächtigen Person/Gruppe ohne Wissen und Billigung des Kreml durchgeführt werden konnte – so meine These – dann dürfte Bundeskanzlerin Merkel wohl kaum eine ehrliche und vollumfängliche Aufklärung von Putin bekommen, weil er den Anschlag nicht in Auftrag gegeben hat bzw. weil er nicht zugeben kann, dass andere ihn ohne seine Zustimmung und sein Wissen ausführen konnten, was bedeuten würde, dass er die Silowiki nicht mehr vollständig kontrollieren kann. Auf jeden Fall trägt Putin für den Giftanschlag auf Nawalnij die volle politische Verantwortung.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*